

## Politische Krise in Armenien: Der erzwungene Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan

Manowc'arean, Asot L.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Manowc'arean, A. L. (1998). *Politische Krise in Armenien: Der erzwungene Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 10/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47368>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Politische Krise in Armenien

### Der erzwungene Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan

#### Zusammenfassung

Der Kampf um Einflußsphären im Transkaukasus hat sich zwischen Rußland und den USA weiter verschärft, wobei der Kreml Gefahr läuft, die Region ganz zu verlieren. Pro russisch blieb nur Armenien: Präsident Lewon Ter-Petrosjan hatte in seiner siebenjährigen Amtszeit die Beziehungen zu Rußland kontinuierlich gefestigt und ausgebaut. Sein Lohn: Der Präsident mußte am 3. Februar 1998 mit Zustimmung aus Moskau demissionieren. Diesem Schritt waren allerdings zwei harte Kursänderungen Lewon Ter-Petrosjans vorausgegangen: Erfolgreich hatte er sich bemüht, neben dem traditionell engen Verhältnis zu Rußland eine pragmatischere Außenpolitik gegenüber der Türkei zu betreiben. Hingegen scheiterte er mit seinem Versuch, innenpolitisch eine kompromißbereitere Haltung in der Karabach-Frage durchzusetzen. Sein erzwungener Rücktritt war die unmittelbare Folge.

#### Zwischen der Türkei und Rußland

Der pragmatische, an den realen Möglichkeiten ausgerichtete außenpolitische Kurs von Präsident Ter-Petrosjan gegenüber der Türkei stieß in Armenien von Anfang an auf heftigen Widerstand. Die Opposition unter Führung der Armenischen Revolutionären Föderation Daschnakutjun (ARFD) warf ihm vor, die nationale Idee Haj Dat (Armenisches Gericht) verraten zu haben: Dabei geht es um die Befreiung des von der Türkei besetzten westarmenischen Gebietes und die Anerkennung des Genozids (1915-22). Obwohl für Ankara die diplomatische Anerkennung Armeniens nicht in Frage kam, bemühte sich Präsident Lewon Ter-Petrosjan weiter, normale zwischenstaatliche Kontakte zur Türkei aufzubauen, indem er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von der Lösung der Karabach-Frage abzukoppeln suchte.<sup>1</sup>

Seinen innenpolitischen Kritikern begegnete der Präsident mit der Frage, ob es nicht an der Zeit sei, auf historische Forderungen zu verzichten, die zum einen die schwierige außenpolitische Lage zu-

<sup>1</sup> "Ich habe nie an der historischen Tatsache des Völkermordes gezweifelt. Dazu wird sich meine Haltung nicht ändern", erklärte Präsident Ter-Petrosjan in einem Interview mit dem Autor am 7.1.1997. "Heute ist Armenien an normalen Beziehungen mit der Türkei interessiert. Gleichwohl verurteilen wir den Völkermord als ein Verbrechen am armenischen Volk und an der Menschheit, aber wir erheben ihn nicht zu einem politischen Faktor in unseren Beziehungen zur Türkei." In: FOCUS, München, Nr. 7 vom 8.2.1997, S. 206 f.

sätzlich belasten würden, und die zum anderen keinerlei Erfolgsaussichten hätten.<sup>2</sup> Neben seiner Abwendung von den Stereotypen des kollektiven nationalen Selbstbewußtseins mutete er der Bevölkerung zu Beginn seiner Amtszeit als Präsident die Relativierung der bislang unumstrittenen und traditionellen prorussischen Orientierung zu.<sup>3</sup> Denn bislang hätten die vermeintlich "christlichen" Großmächte, an erster Stelle Rußland, nichts unternommen, um die nationalen Interessen Armeniens zu unterstützen.

Als es die Türkei jedoch weiterhin kategorisch ablehnte, mit Armenien normale nachbarschaftliche Beziehungen zu unterhalten, mußte Präsident Ter-Petrosjan wieder auf den "traditionellen Verbündeten" Rußland, aber auch auf den Iran zurückgreifen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren auf ausdrücklichen Wunsch Armeniens russische Truppen in der Transkaukasusrepublik stationiert geblieben. "Wir befanden uns damals in einem sicherheitspolitischen Vakuum. Armenien brauchte einen Verbündeten, der den Schutz des Landes garantieren konnte", erklärte Ter-Petrosjan rückblickend.<sup>4</sup> Daraufhin wurden zwischen 1993 und 1997 bilaterale Verträge abgeschlossen, die die Militärpräsenz Rußlands auf 25 Jahre festschrieben. Die Gefolgschaft kennt jedoch Grenzen: Ter-Petrosjan verweigerte sich einer Zollunion mit Rußland ebenso wie er den Beitritt zur Union zwischen Rußland und Weißrußland ablehnte. Ungeachtet der engen militärischen Kooperation mit Moskau galt der armenische Präsident im Kreml deshalb als "prowestlich".

Obwohl die russische Regierung von den Armeniern unbedingte Loyalität verlangte, ließ sie im Gegenzug Jerewan auf internationaler Ebene, insbesondere bei der Erörterung der Karabach-Frage in der UNO, der OSZE oder der GUS, ohne Unterstützung. Diese Haltung rief die russischen Kritiker dieser zweigleisigen Politik auf den Plan. Sie gaben zu bedenken, daß die Außenpolitik Rußlands nicht mehr als glaubwürdig und verläßlich gilt, wenn der Kreml bereit ist, seinen einzigen Bundesgenossen im Transkaukasus im Stich zu lassen. Gleichzeitig verwiesen sie auf die USA, die sich wesentlich stärker für ihre Verbündeten engagieren würden.<sup>5</sup>

Der Iran stellte keine Vorbedingungen für die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen mit Armenien. Dennoch unternahm Ter-Petrosjan auf amerikanischen Druck zunächst nichts, um die Kontakte auszubauen. Diese Situation änderte sich erst nach der Schließung der armenisch-türkischen Grenze, als die Beziehungen zum Iran plötzlich zu einer Überlebensfrage wurden. Die historisch unbelasteten Erfahrungen der beiden Nachbarstaaten miteinander erleichterten den Annäherungsprozeß. Mit diesem Richtungswechsel änderte sich jedoch gleichzeitig der Handlungsspielraum der armenischen Außenpolitik: Denn die Interessen der kleinen Transkaukasusrepublik begannen, sich zunehmend mit denjenigen der USA in der Region zu kreuzen: Erstens begrüßte Armenien die Einrichtung russischer Militärbasen; zweitens ließ sich Jerewan nicht von einer Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Karabach-Armenier abbringen und drittens pflegte das Land freundschaftliche Beziehungen zum Iran. Ein weiterer Faktor von hoher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung kam 1994/95 hinzu: Aserbaidschan initiierte die Gründung von mehreren internationalen Konsortien, um das kaspische Erdöl zu fördern und den Transport nach Westen sicherzustellen. Der größte Anteil bei diesem Deal fiel den US-Ölmultis zu, wobei auch die russische Lukoil an dem Geschäft partizipierte. Seitdem verbirgt Washington nicht länger, daß auch im Transkaukasus "lebenswichtige Interessen der USA" berührt werden.

---

<sup>2</sup> Respublika Armenija, Jerewan, vom 30.6.1993.

<sup>3</sup> Respublika Armenija vom 25.11.1990. Nezavisimaja gazeta, Moskau, vom 13.8.1992.

<sup>4</sup> FOCUS, Nr. 7 vom 8.2.1997, S. 206 f.

<sup>5</sup> Konstantin Satulin in: Nezavisimaja gazeta vom 5.12.1997.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

Im Kreml verfolgt man das amerikanische Engagement im Transkaukasus zähneknirschend, ohne selbst viel ausrichten zu können. Als Einflußregionen bleiben: Abchasien, Südossetien, Armenien und Berg-Karabach. Insbesondere Karabach dient dem Kreml als Spielball für die Durchsetzung seiner Ziele in der Region. Von daher erklärt sich Ter-Petrosjans Mißtrauen gegenüber der russischen Bündnistreue. Denn bereits zweimal hatte Moskau versucht, den Aserbajdschanern die armenische Exklave zu übergeben. Hinzu kommt die ambivalente Haltung Rußlands als Ko-Vorsitzender im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe: Hier hatte sich Moskau in der Karabach-Frage der amerikanischen Haltung angeschlossen. Jedoch fand der amerikanische Lösungsvorschlag *à la* Dayton, d.h. NATO-Einheiten werden als Friedenstruppen in der Krisenregion stationiert, weder die Zustimmung Irans noch der Karabach-Armenier.

### **Ter-Petrosjan provoziert die jüngste innenpolitische Krise**

Daß Präsident Ter-Petrosjan die Bevölkerung nicht über den Stand der Beratungen auf dem laufenden hielt – er wollte die vertraulich geführten Verhandlungen nicht gefährden –, hat sich im nachhinein als grober politischer Fehler herausgestellt. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß er mit seinen Ausführungen während seiner Pressekonferenz (26. September 1997) eine Bombe zündete.<sup>6</sup> Ter-Petrosjan erklärte, Armenien werde einer schrittweisen Lösung des Karabach-Konfliktes zustimmen: Zuerst sollten die Karabach-Truppen die sechs besetzten aserbajdschanischen Kreise räumen, so daß die Flüchtlinge zurückkehren könnten. Erst danach werde über den Status der "Republik Berg-Karabach" verhandelt. Gleichzeitig würde Aserbajdschan die Kommunikationsverbindungen nach Armenien öffnen. Anschließend wurde der Präsident von der Opposition als "Erfüllungspolitiker" und "Verräter" gebrandmarkt.<sup>7</sup>

Die Regierung von Berg-Karabach verhielt sich in dieser Phase der politischen Auseinandersetzungen im wesentlichen ruhig. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß Präsident Ter-Petrosjan einer neuen außenpolitischen Taktik folgte. Auch der aus Karabach stammende armenische Ministerpräsident, Robert Kotscharjan, sowie der Innen- und Sicherheitsminister, Serschik Sarkisjan, sprachen nur von "Meinungsunterschieden". Allerdings machten Teile der Moskauer Presse durch die Veröffentlichung von Artikelserien Stimmung, indem sie die Kompromißbereitschaft Ter-Petrosjans heftig angriffen. Rußland blieb also bei seiner doppelgleisigen Politik: Während die Moskauer Außenpolitiker die territoriale Integrität Aserbajdschans auf internationaler Ebene unterstützten, blockierten sie gleichzeitig einen kompromißbereiteren Kurs des armenischen Präsidenten. Eine friedliche Beilegung des Karabach-Konflikts – sei es im aserbajdschanischen oder armenischen Sinne – liegt nicht im außenpolitischen Interesse des Kreml. Schließlich würde ein Friedensschluß bedeuten, daß Moskau wieder über ein Mosaiksteinchen weniger verfügt, um Einfluß in der Region auszuüben. Außerdem wollen einflußreiche russische "Ölkreise" bereits präventiv den möglichen Verlauf einer Erdölpipeline durch Armenien (und auch durch Georgien) verhindern. Denn je länger die Konfliktsituation im Transkaukasus anhält, desto wahrscheinlicher wird der Bau einer Trasse über russisches Gebiet.

Letztlich waren jedoch die Störmanöver aus Moskau nicht ausschlaggebend für das politische Scheitern des Präsidenten. Entscheidend war vielmehr, daß es Ter-Petrosjan nicht gelang, die Menschen von seinen politischen Zielen zu überzeugen. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen vom September 1996 war die schlechte Stimmung im Land spürbar. Der Präsident hatte es versäumt, die Ursachen der Wirtschaftsmisere aufzuführen: So basierte die Krise weniger auf der Korruption als auf den für Armenien horrenden Kosten, die für die Unterstützung Berg-Karabachs und den Aufbau einer eigenen Armee aufgebracht werden müssen.

Im November 1997 bestätigte der Präsident noch einmal, daß er keinen anderen Weg sieht, als sich zusammen mit Aserbajdschan über Berg-Karabach zu verständigen.<sup>8</sup> Armenien habe in der Karabach-Frage keine Verbündeten, und es sei sinnlos, allein gegen die "internationale Gemeinschaft" anzu-

<sup>6</sup> Respublika Armenija vom 30.9.1997.

<sup>7</sup> Hajoz aschchar, Jerewan, vom 1.-20.10.1997. Golos Armenii, Jerewan, vom 21.10.1997.

<sup>8</sup> Hajastani Hanrapetutjun, Jerewan, vom 1.11.1997.

kämpfen. Danach verglich er die Lage in Armenien mit der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien: Er empfahl, lieber jetzt, mit militärischen Erfolgen im Rücken, einen Kompromiß zu schließen, als später eine aufgezwungene Lösung hinnehmen zu müssen. Allerdings wies seine Argumentation einen erheblichen Nachteil auf: Der Präsident konnte keine Sicherheitsgarantien anbieten. Dieses Mal stießen seine Äußerungen auf heftige Kritik aus Stepanakert: Berg-Karabach werde von nun an seine Probleme allein mit Baku lösen. Außerdem möge man von Armenien aus darauf verzichten, sich zu dieser Frage zu äußern. Nur die Karabach-Armenier seien von den Aserbaidshanern jahrzehntelang in ihrer religiösen und kulturellen Identität unterdrückt worden, sie hätten die Befreiungsbewegung begonnen und im Krieg gelitten. Ohne echte Sicherheitsgarantien würden sie sich nicht von Ter-Petrosjan an Baku ausliefern lassen.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Respublika Armenija vom 18.10.1997. Hajoz aschchar vom 15. und 23.10.1997.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

Die Krise innerhalb der politischen Elite Armeniens erreichte nach dieser Erklärung einen ersten Höhepunkt: Gegen den Präsidenten solidarisierten sich der Ministerpräsident sowie der Innen- und der Verteidigungsminister. Während einer Sicherheitsratssitzung am 7. Januar 1998 deutete Ter-Petrosjan an, er könne laut Verfassung Minister ernennen, aber auch wieder entlassen. Daraufhin meldete sich der Verteidigungsminister Wasgen Sarkisjan zu Wort und meinte, der Präsident täte besser daran, über seine eigene Demission nachzudenken. Die Lage spitzte sich weiter zu, als Mitte Januar vermehrt Anschläge auf Anhänger Ter-Petrosjans verübt wurden, darunter auf den Oberkommandierenden der Truppen des Innenministeriums und auf den Leiter des Sicherheitsdienstes im Präsidentialamt. Schließlich wandte sich Wasgen Sarkisjan Ende Januar direkt an die Bevölkerung: Er warf der regierenden Armenischen Allnationalen Bewegung (AAB) vor, die Terrorakte inszeniert zu haben, um eine Anti-Karabach-Stimmung zu erzeugen. Ter-Petrosjan beschuldigte er, das armenische Volk zu spalten. Seinen Rücktritt schloß er kategorisch aus ebenso die Entlassung des aus Karabach stammenden Ministerpräsidenten und des Innenministers.<sup>10</sup> Die AAB stand daraufhin vor der Spaltung: Während Anhänger des Präsidenten von der Bildung einer Militärjunta sprachen,<sup>11</sup> unterstützten andere den Verteidigungsminister. Die in dem Verein Erkrapa zusammengeschlossenen Reservisten, zumeist mit Fronterfahrung, schlossen sich ebenfalls Wasgen Sarkisjan an und forderten, an der Wiedervereinigung mit Berg-Karabach festzuhalten. Vierzig AAB-Parlamentarier und neun Mitglieder der "Reform-Fraktion" traten der Gruppe Erkrapa bei, die von diesem Zeitpunkt an mit 69 Abgeordneten die größte Fraktion im Parlament bildete.<sup>12</sup> Nachdem Ministerpräsident Kotscharjan einen Rücktritt kategorisch abgelehnt hatte, wandte sich Präsident Ter-Petrosjan am 3. Februar 1998 mit einer kurzen Fernsehansprache an die Bevölkerung: "Die ihnen bekannten Machtorgane haben mich aufgefordert zurückzutreten. Wenn ich in dieser Situation meine verfassungsmäßigen Rechte ausüben würde, müßte ich in Kauf nehmen, das Land zu destabilisieren. Deshalb erkläre ich hiermit meinen Rücktritt." Er führte weiter aus, die Partei des Friedens habe eine bittere Niederlage erlitten.

Bislang bleibt die Lage in Armenien ruhig. Gemäß der Verfassung werden 40 Tage nach dem Rücktritt des Präsidenten Neuwahlen stattfinden, also am 16. März 1998. Dennoch kam es zu einer kurzfristigen Verfassungskrise: Neben Ter-Petrosjan war auch Parlamentspräsident Babken Ararxjan von seinem Amt zurückgetreten. Sein Nachfolger, Chosrow Harutjunjan, wollte die kommissarische Leitung des Staates – wie es die Verfassung vorschreibt – nicht übernehmen. Deshalb beschloß die Volksvertretung, Ministerpräsident Robert Kotscharjan zu verpflichten. Kotscharjan zählt zu den aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten und wird vom Verein Erkrapa und der Daschnakzutjun unterstützt. Seine Konkurrenten sind: Sergej Badaljan (KP), Wasgen Manukjan (Nationaldemokratische Union) und Karen Demirtschjan (bis 1990 Erster Sekretär der KP Armeniens, danach Direktor einer Rüstungsfabrik). Die AAB verzichtete auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten, um "das Land nicht zu spalten".

Aschot Manutscharjan

Der Autor ist als freier Publizist tätig und nimmt einen Lehrauftrag am Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn, wahr.

Redaktion: Gerhard Simon

<sup>10</sup> Hajoz aschchar, vom 27.1.1998. Golos Armenii vom 27.1.1998.

<sup>11</sup> Hajk, Jerewan, vom 27.1.1998. Aravot, Jerewan, vom 27.1.1998

<sup>12</sup> Hajastani Hanrapetutjun vom 3.2.1998.